Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Landkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Amtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parr[illegible]. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 192 | Donnerstag, den 12. Juli | Jahrgang 1928

Das Siegesdenkmal in Bozen.

Von
Dr. Klotz-Innsbruck.

Am 12. Juli findet in Bozen die Enthüllung des italienischen Siegesdenkmals statt. Der Faschismus rüstet zu einer Feierlichkeit mit vollem Gepränge, die nicht nur in Italien selbst Eindruck machen soll, sondern die mehr noch den deutschen Nachbarstaaten sagen will, daß Italien eine Südtiroler Frage nicht anerkennt.

Als Antwort auf die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held, der gegen „die brutale Vergewaltigung des Deutschtums in Südtirol" protestierte, erklärte Mussolini am 6. Februar 1926 vor der italienischen Kammer: „Wir werden auf einem Platze in Bozen, gestiftet vom italienischen Volke auf denselben Fundamenten, auf denen sich das Denkmal des deutschen Sieges hätte erheben sollen, ein Denkmal für Cesare Battisti und für die anderen Blutzeugen errichten, die mit ihrem Opferblute für Südtirol das letzte Wort unserer Geschichte geschrieben haben." Der außenpolitisch demonstrative Charakter des Denkmalplanes fand eine Erweiterung. Nicht bloß ein Cesare Battisti-Monument, ein Symbol des italienischen Sieges über Südtirol sollte es werden. Das zeigt klar und deutlich die Inschrift: „Hic patriae fines; siste signa — hinc ceteros exoluimus lingua, legibus, artibus." Hier sind die Grenzen des Vaterlandes; setzet die Zeichen hin — Von hier haben wir die Anderen durch Sprache, Gesetze und die Künste erzogen. Der Sinn dieser Worte ist klar. Sie beziehen sich nicht nur auf die politische Unterwerfung Südtirols, sondern auf die gewaltsame Eroberung der Deutschen für die italienische Kultur. Man fühlt sich zurückversetzt in die Zeiten der römischen Imperatoren, die nach der Besiegung von Barbarenvölkern sich rühmten, den Wilden die Zivilisation gebracht zu haben. Daß dies weder eine boshafte noch willkürliche Deutung ist, zeigt uns ein programmatischer Artikel des Faschistenchefs von Südtirol, des Abgeordneten Giarratana, der zu den Vertrautesten des faschistischen Generalstabschefs Turati gehört. Er schreibt in der Zeitschrift: „La tre venezie":

„Wir können auch eine dritte Eroberung registrieren, deren Wert noch bedeutend größer ist (als die technischen Fortschritte): In diesem Jahre wird der Schulunterricht in der deutschen Sprache gänzlich abgeschafft... Mit Fug und Recht können wir daher behaupten, daß das Siegesdenkmal, dessen Enthüllung in Bolzano vorgenommen wird, die Erreichung nicht bloß aller unserer politischen, sondern auch moralischen Aspirationen bezeichnen kann. Es bedeutet die definitive Besiegelung einer Situation, die unter unerhörten Kraftanstrengungen uns nur zum Stolze gereichen kann... Wir befinden uns sicherlich nicht am Ende unseres Wirkens, wir befinden uns aber trotzdem an einem Punkte, an dem wir Halt machen können, um nach den Zielen in der Ferne zu schauen, die uns nicht mehr Furcht einflößen können. Wir sind uns bereits unseres Könnens bewußt, wir können uns auf unseren Willen verlassen und kennen unsere Kraftquellen, die munter sprudelnd sich entfalten, wo die Richtlinien bereits klar und unabänderlich gezeichnet sind... Und wenn noch einmal jemand daran erinnern sollte, daß der Kampf gegen die deutsche Rasse ein Kulturkampf ist, der die lateinischen Völker einschüchtern muß, so werden wir ihm dann ins Gedächtnis zurückrufen, was wir bei einer anderen Gelegenheit vor den Lehrern des Alto Adige angeführt haben: Wenn die Germanen die ersten sicheren Nachrichten über ihre Unkultur lesen wollen, so brauchen sie nur in den Seiten des Tacitus nachzulesen, des Historikers eines Imperiums, das groß war, während sie Barbaren waren."

Mit größerer Klarheit kann die Bedeutung des Siegesdenkmales kaum gezeichnet werden. Es soll sich erheben als ein Zeichen der Ueberlegenheit italienischer Kultur über die deutschen Barbaren! Das muß sich die gesamte deutsche Nation zehn Jahre nach dem Weltkrieg von den Italienern, die mit der Gebärde der Freundschaft so oft um ihre Gunst buhlen, ins Gesicht schleudern lassen!

Doch dieses Siegesdenkmal hat noch einen anderen Schönheitsfehler. Welchen Sieg soll es verherrlichen? In Tirol ist nichts davon bekannt, daß die Italiener mit der Waffe in der Hand auch nur einen Fußbreit des deutschen Südtirol erobert hätten. Ihre wiederholten Angriffe wurden von den österreichischen und deutschen Truppen abgewiesen. Ja, die Heere der Mittelmächte trieben in den Jahren 1916 und 1917 die Armeen Italiens in die Flucht. Erst nach dem Waffenstillstand wurde Südtirol von den Italienern besetzt. Wo also ist der Sieg, der mit einem solchen Denkmal verkündet werden soll? Die Stadt Bozen hatte ihrem Hausregiment, den Kaiserjägern, den Tiroler Kriegern, die ihre Heimat mit so viel Glanz verteidigten, ein Denkmal gesetzt. Die Italiener haben dieses Monument zerstört, um an dessen Stelle ihren Siegesbogen zu erbauen! Im Felde vermochten sie der Kaiserjäger nicht Herr zu werden. Ist es nicht Schändung, wenn sie das Erinnerungszeichen eines ehrenhaften Gegners vertilgen, wenn sie gleichsam den Wehrlosen mit Triumphgeschrei ihren Fuß auf den Nacken setzen? Es ist begreiflich, daß dieses italienische Siegesfest in Südtirol wie in Nordtirol gleiche Erbitterung ausgelöst hat und daß man in Nordtirol am 12. Juli mit mächtigen Kundgebungen reagieren wird.

Entgegen den ursprünglich geäußerten Absichten wird Mussolini an der Denkmalsenthüllung nicht teilnehmen. Die Anwesenheit des Königs ist mit Sicherheit zu erwarten. Warum hält sich Mussolini, der doch den Gedanken zu dem Projekte als erster feierlich aussprach, fern? Darüber zirkulieren verschiedene Lesarten. Die einen meinen, er fürchte sich vor einem Anschlag. Tatsächlich werden seit Monaten in Bozen umfassende Vorkehrungen getroffen, die auf die Angst der Faschisten vor einem Attentat hinweisen. So schlecht kennen sie die Deutschen, daß sie ihnen eine Mordpolitik zutrauen, die wohl in der Geschichte Italiens zum System geworden ist, die jedoch dem deutschen Charakter völlig ferne liegt. Enthält sich Mussolini der Teilnahme aus Furcht vor einer Bombe, dann muß die Frage gestellt werden, warum wird der König nicht mit einer ähnlichen Sorgfalt geschützt? Ist das Leben des Königs weniger wert als das Leben Mussolinis? Andere wieder meinen, Mussolini wolle sich dem Feste entziehen, um den antideutschen Charakter der Kundgebung nicht noch mehr zu steigern, da er gegenwärtig gezwungen sei, eine Annäherung an die deutschen Staaten zu suchen. Allzuviel könnte die Anwesenheit und selbst eine starke Rede Mussolinis dem deutschfeindlichen Sinne des Denkmals nicht hinzufügen. Die zitierte Inschrift ist eindeutig genug, und jeder Deutsche, der etwa an diesem Monument vorübergeht, wird daran gemahnt, daß er in den Augen der Italiener doch nur ein Barbar ist und bleibt. Die Anwesenheit des Königs ist hingegen geeignet, die Demonstration erst recht zu verstärken. War es nicht Viktor Emanuel III., der im November 1919 in feierlicher Thronrede den Deutschen, die unter Italien geraten waren, die volle Achtung der Sprache, der Sitten und Gebräuche zusicherte? Nun wird derselbe König ein Denkmal enthüllen, das dazu bestimmt ist, den Südtirolern vor Augen zu führen, daß sie zugunsten Italiens ihrer Eigenart auf gewalttätige Weise entkleidet werden!

Der ursprüngliche Gedanke einer Ehrung für Cesare Battisti wurde der Siegesidee eingegliedert. In der linken Innennische befindet sich sein Standbild mit dem Strick um den Hals. Battisti wurde am 12. Juli 1916 auf Grund eines kriegsgerichtlichen Urteils in Trient hingerichtet. Einige Tage früher war er, der bei Kriegsausbruch aus Oesterreich entflohen war, von einer österreichischen Patrouille anläßlich einer Gefechtsunternehmung im Pasubiogebiet mit der Waffe in der Hand gegen Oesterreich kämpfend ergriffen worden. Battisti stellte die Anhänglichkeit an die Nation über die Treue zum Vaterland. Wenn Italien ihn als Märtyrer verehrt und feiert, warum verfolgt es die Deutschen, die ihr deutsches Herz nicht verleugnen wollen?

Nationalfeiertag, Lohnsteuersenkung und Amnestie.

Die Entscheidung über den Verfassungstag auf den Herbst verschoben.

Verständigung über Steuersenkung und Strafnachlaß.

Von unserer Berliner Redaktion.

◆ **Berlin, 11. Juli.** (Drahtb.)

Nach den Dispositionen des Reichskabinetts sollten vom Reichstag noch vor den Ferien drei größere Vorlagen verabschiedet werden, nämlich die Festlegung des 11. August als Nationalfeiertag, die Amnestievorlage und die Steuersenkungsnovelle. Nach dem bisherigen Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen kann mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß die Entscheidung über den Nationalfeiertag in den nächsten Tagen nicht mehr fallen, sondern auf den Herbst verschoben wird. Man wird in der Zwischenzeit den Versuch machen, zur Festlegung des Nationalfeiertages eine ganz allgemeine Regelung für das Reich und die Länder zu finden und zwar in dem Sinn, daß der Verfassungstag als allgemeiner Feiertag reichsgesetzlich festgelegt wird, während die politischen Feiertage in den einzelnen Ländern, wie z. B. der 1. Mai in Sachsen, fortfallen sollen. Ob die diesbezüglichen Verhandlungen zu einem befriedigenden Resultat führen werden, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen. Sofern die Fraktionen, die jetzt ihr Veto eingelegt haben, auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, so wird die Frage eines allgemein gültigen Nationalfeiertages noch manchesmal den Reichstag beschäftigen müssen. Da sich das Reichskabinett die Vorlage nicht zu eigen gemacht hat, sondern den Entwurf durch den Reichsinnenminister nur als Vorschlag des Reichsrates beim Reichsparlament einbringen ließ, so ist dem Prestige der neuen Reichsregierung weiter kein Abbruch geschehen.

Es werden also in diesem Jahre wie in den Vorjahren ohne gesetzliche Regelung von einzelnen Regierungen Verfassungsfeiern veranstaltet werden. Welche Stellung bei dieser Lage die preußische Staatsregierung einnehmen wird, steht noch nicht fest, doch dürfte kaum mit einer neuen preußischen Flaggenverordnung zu rechnen sein, auch nicht mit einer Verordnung, die sich nur auf den 11. August beziehen wird.

Als sehr erfreulich kann die Tatsache verzeichnet werden, daß sowohl in der Frage der Amnestie wie der Lohnsteuersenkung im Laufe des Mittwoch eine Verständigung zwischen den Parteien erzielt worden ist. Die parlamentarische Verabschiedung dieser beiden Vorlagen wird sich nicht so, wie die Dinge jetzt liegen, völlig reibungslos vollziehen. Im Rechtsausschuß ist die Amnestiefrage durch eine fast einstimmige Annahme eines von fast sämtlichen Parteien vereinbarten Entwurfes erledigt worden. Nur der Vertreter der Bayrischen Volkspartei stellte sich abseits. Von besonderem Interesse ist es, daß sich auch die Deutschnationalen und die Kommunisten zu dem Entwurf bekennen. Kommt doch gerade den Anhängern dieser beiden Parteien die Amnestie zugute.

Das Kompromiß über die Lohnsteuersenkung wird ebenfalls nach den Beschlüssen des Rechtsausschusses zur Annahme gelangen. Anstatt des bisherigen Abzuges in Höhe von 15 Prozent bezw. höchstens 2.— Mark monatlich soll ein Abzug vom Steuerbetrag in Höhe von 25 Prozent bezw. 3.— Mk. monatlich Platz greifen. In die Ermäßigung einbegriffen sind alle Einnahmen bis zu 15000.— Mk. jährlich. Daneben soll eine weitere Ermäßigung dadurch eintreten, daß bei der Steuerberechnung Monatseinkommen auf volle fünf Mark nach unten, Wochenlöhne auf volle eine Mark nach unten abgerundet werden.

Die vorgesehene Neuregelung soll am 1. Oktober ds. Jrs. in Kraft treten. Sobald die beiden genannten Vorlagen verabschiedet sein werden, hat der Reichstag die wichtigsten Punkte seines Arbeitspensums erledigt. Man hofft bis Freitag abend mit den Beratungen fertig zu sein. In diesen Tagen werden sich die meisten Reichstagsabgeordneten nach dem Westen begeben, um die Presse in Köln zu besichtigen. Nach einer Ruhepause von ungefähr drei Monaten werden dann die Winterarbeiten beginnen.

★

Im Steuerausschuß des Reichstags, der sich am Mittwoch mit der Frage der Lohnsteuersenkung befaßte, erklärte der Ministerialdirektor im preußischen Finanzministerium Dr. Hog, daß die Finanzminister der acht größeren Länder übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen sind, daß, so erwünscht eine Steuersenkung für die sozialbedrängten Bevölkerungsschichten sei, doch im gegenwärtigen Augenblick eine Senkung nicht mit der erforderlichen Berücksichtigung der Finanzlage von Ländern und Gemeinden erfolgen könne und deshalb als überstürzt bezeichnet werden müsse. Die Senkung gehe zu 75 Proz. auf Kosten der Länder und Gemeinden und sei deshalb unerträglich.

Staatssekretär Dr. Popitz erwiderte hierauf, die Länder und Gemeinden hätten nur mit den ihrem Anteil entsprechenden Teilen an 1.3 Milliarden RM. zu rechnen, und dieser Betrag wäre ihnen völlig gesichert. Ja, er würde trotz der Senkung noch um eine gewisse Summe überschritten werden.

★

Verlängerung des Steuermilderungsgesetzes.

┼ **Berlin, 11. Juli.** Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach die Geltungsdauer des Steuermilderungsgesetzes vom 31. März 1926 bis zum 30. September 1929 verlängert wird.

★

Die Amnestie-Anträge.

:: **Berlin, 11. Juli.**

Der Reichsausschuß für Rechtspflege beschäftigte sich heute mit den Amnestieanträgen. Der Vorsitzende Abg. Dr. Kahl (D. V.) teilt mit, daß ihm dreißig Telegramme und Briefe von kommunistischen Vereinigungen zugegangen sind, in denen gegen die „Verschleppung" protestiert und die sofortige Entlassung der sämtlichen proletarischen politischen Gefangenen gefordert wird. Der Vorsitzende erklärt dazu, daß er durch solche „Befehle" sich in seinen pflichtmäßigen Entschließungen

Die Malmgreen-Gruppe gefunden.

Aber noch nicht gerettet.

⊠ **Moskau, 11. Juli. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, entdeckte bei einem Erkundungsflug der russische Flieger Tschuchnowski 80 Grad 42' nördlicher Breite 25 Grad 45' östlicher Länge 20 Meilen östlich von der „Krassin" die Malmgreen-Gruppe, von der zwei Mann mit Fahnen winkten und der dritte in liegender Stellung verharrte. Tschuchnowski sucht nach einem Landungsplatz.**

★

Die Lage der „Italia"-Mannschaft hoffnungslos.

◇ **Oslo, 11. Juli.** Wie aus Kingsbay gemeldet wird, hat sich der russische Eisbrecher „Krassin" dem Lager der „Italia"-Mannschaft bis auf zwei Seemeilen (3,6 Km.) genähert, kommt jedoch infolge des dichten Packeises nicht mehr weiter und wird unter Umständen gezwungen sein, die ganze Fahrt aufzugeben und in die Hinlopen-Straße zurückzukehren, um an der Ostküste einen neuen Versuch zum weiteren Vordringen zu unternehmen. Man nimmt mit Bestimmtheit an, daß nur noch drei Verunglückte im Lager Nobiles vorhanden sind. Ein Mitglied der Gruppe soll sich in geistiger Verwirrung vom Lager entfernt haben. Die Rückbeorderung des großen schwedischen Fokker-Flugzeuges „Uppland" nach Stockholm gilt hier als der erste Schritt für die Einstellung des ganzen schwedischen Hilfsunternehmens. Man hat tatsächlich alle Hoffnung aufgegeben, die Verschollenen noch zu retten.

Longyear City, 11. Juli. Der schwedische Flieger Ekmann ist mit dem schwedischen Dampfer „Tanja" hier eingetroffen und mit einem Klemm-Daimler-Flugzeug gestartet, um einen geeigneten Startplatz für einen Rettungsflug zu suchen. Trotz des geringen Gewichtes des Flugzeuges erscheint es fast unmöglich, eine für einen Start genügend feste Eisfläche zu finden, und das Fehlen von Schwimmern macht das Flugzeug als Wasserflugzeug ungeeignet. Sollte ein Start Ekmans möglich sein, so wird der Flieger nach der Gegend der Hinlopen-Straße fliegen und die Viglieri-Gruppe suchen. Die schwedischen Flieger halten eine Rettung der Italiener, die sich in ziemlich ungünstiger Lage befinden, für unmöglich.

Ceccioni nicht gestorben.

× **Oslo, 11. Juli.** Wie die italienische Gesandtschaft mitteilt, sind die Gerüchte von dem Tode Ceccionis nicht zutreffend.

Der Eisbrecher „Malygin" muß umkehren.

◇ **Kowno, 11. Juli.** Wie aus Moskau gemeldet wird, muß der Eisbrecher „Malygin" nach Port Alexandrowsk zurückkehren, da seine Kohlenvorräte fast völlig aufgebraucht sind und eine andere Möglichkeit zur Kohlenübernahme nicht besteht.

„Pourquois pas" unterwegs nach Spitzbergen.

× **Paris, 11. Juli.** Gestern ist in Saint Servan das Polarschiff „Pourquois pas" ausgelaufen, um seine Polarfahrt anzutreten und nach Amundsen und dem französischen Flieger Guilbaud zu suchen. Der Leiter der Expedition, Dr. Charcot, erklärte, er hoffe, die beiden Vermißten und ihre Freunde noch lebend aufzufinden. Die Rückkehr des Schiffes ist für Mitte September vorgesehen.

★

Der Schicksalsflug der „Latham".

◆ **Oslo, 11. Juli.** Der Radiotelegraphist, der auf der Bäreninsel Dienst hatte, als Guilbaud u. Amundsen den Flug antraten, von dem sie bisher nicht zurückgekehrt sind, ist in Tromsoe eingetroffen. Seinen Schilderungen wäre zu entnehmen, daß das Flugzeug „Latham", das man lange Zeit in den Gewässern um die Bäreninsel gesucht hat, sie garnicht erreichte. Am 18. Juni hat der Telegraphist von 5,30 Uhr bis 12 Uhr nachts dauernd versucht, den Sendeapparat der „Latham" zu hören. Seine Bemühungen, die nur einige Male unterbrochen werden mußten, um die Wetternachrichten aufzunehmen, blieben jedoch vergeblich. Der Telegraphist versuchte dann seinerseits die „Latham" anzurufen, erhielt aber keine Antwort. Die bei ihm eingehenden Nachrichten über die Eisverhältnisse in der Umgebung der Bäreninsel und in der Gegend von Kingsbay wurden von ihm an die „Latham" weitergegeben. Er versuchte auch das Motorengeräusch zu hören, konnte aber nichts wahrnehmen. An dem fraglichen Tage war das Wetter klar und der Gesichtskreis infolgedessen ganz ungewöhnlich groß. Es wäre an sich möglich gewesen, das Flugzeug zu beobachten, besonders da Maddalenas Flugzeug später von der Funkstation aus gesehen und gehört werden konnte.

nicht beeinflussen lassen werde, daß er aber schärfsten Einspruch gegen den Vorwurf einer Verschleppung erhebe.

Von den Sozialdemokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der folgendes besagt:

Es wird Straferlaß gewährt für die beim Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig erkannten und noch nicht verbüßten Strafen, die von Gerichten des Reiches oder der Länder wegen Straftaten verhängt wurden, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind, oder die wegen Zuwiderhandlungen gegen das Militär-Strafgesetz von Militärgerichten bis zum 1. Oktober 1920 rechtskräftig erkannt worden sind.

Anhängige Verfahren werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Januar 1928 begangen ist. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist, ferner Verbrechen gegen das Leben und solche Straftaten, zu deren Durchführung der Täter ein Verbrechen gegen das Leben begangen hat. Strafen wegen Verbrechens gegen das Leben werden gemildert, Freiheitsstrafen werden auf die Hälfte herabgesetzt, dabei tritt an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis. Lebenslängliche Zuchthausstrafen werden in Gefängnis von siebeneinhalb Jahren umgewandelt. Ist bereits ein Gnadenerweis erfolgt, so tritt die Milderung bei der im Gnadenerweis festgesetzten Strafe ein. Erlittene Untersuchungshaft und erlittene Strafhaft werden auf die gemilderte Strafe angerechnet. Enthält eine Gesamtstrafe Einzelstrafen wegen einer Zuwiderhandlung, die unter das Amnestiegesetz fällt, so wird dieser Teil der Gesamtstrafe im Falle des Straferlasses in voller Höhe, im Falle der Strafmilderung zur Hälfte der Gesamtstrafe in Abzug gebracht. Sind wegen des Zusammentreffens mit Zuchthausstrafen wegen der unter das Gesetz fallenden Zuwiderhandlungen bei der Bildung einer Gesamtstrafe, Gefängnisstrafen in Zuchthausstrafen umgewandelt worden, so wird die gekürzte Gesamtstrafe in Gefängnis von gleicher Dauer umgewandelt. Vermerke über Strafen, die unter das Amnestiegesetz fallen, sind im Strafregister zu tilgen. Der Gesetzentwurf trägt verfassungsändernden Charakter.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) forderte außerdem Niederschlagung der Strafen aller Delikte aus der Kriegszeit und weiter aller Delikte, die aus sozialer Not begangen seien. — Abg. Dr. Wegmann (Z.) erklärt, daß seine Partei nur mit schwerem Herzen der Amnestie zustimme. Sie werde für den Antrag nur stimmen, wenn er eine breite Basis im Reichstag finde.

Reichsjustizminister Koch führte aus: Die Reichsregierung legt den größten Wert darauf, daß diese Amnestie nicht als parteipolitische Maßnahme erscheint, sondern daß der Eindruck vertieft wird, daß die große Mehrheit des Volkes dahintersteht. Die Regierung ist nicht für häufige Amnestien. Man darf aus dieser Amnestievorlage nicht schließen, daß solche Vorlagen öfter wiederkehren werden. Die letzten Wahlen haben ergeben, daß das neue Reich so fest gefügt ist, daß es eine solche Amnestie vertragen kann und daß es sich empfiehlt, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Die Anfrage nach der Tragweite des Antrages beantworte ich dahin, daß der politische Beweggrund für die Amnestie maßgebend sein soll, weil nur damit eine politische Beruhigung eintritt. In der Amnestie der Soldaten wollen wir nur zurückgehen bis auf die Zeit, wo die Militärjustiz aufgehört hat. Alle „Delikte aus Not“ unter die Amnestie zu stellen ist eine juristische und praktische Unmöglichkeit. Ich bin damit einverstanden, daß den Regierungen der Länder nochmals ans Herz gelegt wird, die Verfahren wegen Delikte aus Not nochmals nachzuprüfen und eventuell Begnadigungen eintreten zu lassen. Im großen und ganzen hat der Entwurf der Regierungsparteien wohl das Richtige getroffen, sodaß die Regierung ihm zustimmen kann.

Abg. Dr. Pleger (B. Vp.) lehnt die Amnestie aus staatsrechtlichen und politischen Gründen ab. — Bayrischer Staatsrat Dr. v. Nüßlein bittet, diese Amnestie auf die Reichsdelikte zu beschränken. Wie Preußen, habe auch Bayern das Angebot gemacht, eine eigene gleiche Amnestie zu erlassen. — Reichsjustizminister Koch spricht sich gegen den Vorschlag des Vorredners aus. Nicht alle Länder seien zur Amnestie bereit.

Abg. Stoecker (Komm.) bemerkt, durch den Kompromißantrag würden 18 bis 20 proletarische Gefangene in den Zuchthäusern verbleiben, darunter Hölz. — Abg. Dr. Wunderlich (Dv.) stimmt dem Kompromißantrag zu, wendet sich aber dagegen, daß ihm eine ultimative Bedeutung gegeben werde.

Der Antrag der Regierungsparteien über die Amnestie wurde unter Ablehnung aller Anträge mit allen gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei angenommen. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, bei den Ländern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not und aus Anlaß des passiven Widerstandes straffällig geworden sind, bei der Ausübung des Gnadenrechtes in besonders wohlwollender Weise berücksichtigt werden. Die Entschließung Everling, daß in den sogenannten Femefällen alsbald voller Straferlaß gewährt, zunächst aber die Gefängnisstrafe in Festung umgewandelt werde, wird abgelehnt.

Wissels sozialpolitisches Programm.

Vor allem Sorge für die Kriegsopfer.

+ **Berlin,** 11. Juli.

Reichsarbeitsminister Wissel empfing heute die Vertreter der Presse und gab in längerer Aussprache einen Ueberblick über die sozialpolitischen Aufgaben, mit denen sich das Reichsarbeitsministerium zu befassen haben wird. Der Minister erklärte u. a.:

Wie bereits in der Regierungserklärung hervorgehoben ist, wird die Reichsregierung den bereits vom Reichsrat verabschiedeten

Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes

alsbald dem Reichstage vorlegen. Vor der Einbringung im Reichstag wird der Entwurf noch einmal das Reichskabinett beschäftigen. Ferner wird sich das Kabinett mit der

Ausgestaltung der Arbeitsaufsicht

befassen, die im letzten Abschnitt des Entwurfes behandelt ist. Zur Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes wird der

Entwurf eines Bergarbeitergesetzes

vorgelegt werden, dessen Sonderbestimmungen der Eigenart des Bergbaues, insbesondere der erhöhten Unfallgefahr untertage Rechnung tragen. Die Reichsregierung befaßte sich ferner mit der

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag.

Dabei darf ich daran erinnern, daß mit dem Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes die Grundsätze des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zur Durchführung kommen. Auch auf anderen Gebieten des Arbeitsrechts wird an der Neugestaltung gearbeitet. Für die

Aufstellung des Entwurfes eines Gesamtvertragsgesetzes,

das neben dem Tarifvertragsrecht auch das Betriebsvertragsrecht enthalten wird, sind schon umfangreiche Vorarbeiten geleistet worden. Dasselbe gilt von dem Entwurf eines allgemeinen Arbeitsvertragsgesetzes, für das ebenfalls schon wertvolle Vorarbeit geleistet ist. Mehrfach ist in der Oeffentlichkeit in letzter Zeit eine Reform des Schlichtungswesens verlangt worden. Es sind auch Abänderungsvorschläge gemacht worden, die selbständige Vertragsbeschaffung durch die Parteien des Arbeitslebens, nötigenfalls unter Zuhilfenahme von ihren vereinbarten Schlichtungsorganen der staatlichen Vertragshilfe durch Schlichtungsbehörden vorzuziehen. Der Staat hat aber auf Grund der Reichsverfassung die Verpflichtung, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Gesamtvereinbarung auch dort zu fördern, wo die Parteien mit dieser Aufgabe allein nicht fertig werden. Auf diesem Gedanken beruht die staatliche Schlichtung als Hilfe zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen. Der

Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft

liegt bereits seit längerer Zeit dem Reichsrat vor. Der Entwurf ist in der letzten Zeit im Reichsarbeitsministerium nochmals durchgearbeitet worden und wird die Grundlage zu Anträgen der Reichsregierung bei der Weiterberatung des dem Reichsrat vorliegenden Gesetzentwurfes dienen.

Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Organisation, die durch das Gesetz vom 16. Juli 1927 geschaffen worden ist, noch im Aufbau begriffen. Für den Fall, daß die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten erheblich zunimmt, werden zur Entlastung des Arbeitsmarktes zunächst

die öffentlichen Notstandsarbeiten zu verstärken

sein. Ob hierfür in ausreichendem Umfange Mittel zur Verfügung stehen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Das Reichsarbeitsministerium wird ferner im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium seine Bemühungen bei den Beschaffungsressorts sowie der Reichsbahn und Reichspost fortsetzen, damit diese Stellen bei Eintritt größerer Arbeitslosigkeit möglichst umfangreiche Aufträge an die Wirtschaft herausgeben. Die Reichsregierung hat auch in ihrem Programm ihren Willen bekundet,

die Kleinrentnerhilfe

auf eine, von dem Ermessen der örtlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage zu stellen. Auf dem Gebiet der sozialen Versicherung wird die

Rationalisierung der Reichsversicherung

eine der nächsten Aufgaben sein. Beabsichtigt ist die Ausdehnung der Unfallversicherung auf noch nicht versicherte Berufskrankheiten. Geprüft wird, ob noch weitere, bisher nicht versicherte Kreise in die Unfallversicherung einbezogen werden sollen, z. B. die Kleinbetriebe in Handel und Gewerbe, insbesondere Gast- und Schankwirtschaften. Demnächst wird eine Verordnung ergehen, welche die

Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung erweitert.

Der Wohnungsbau des Jahres 1928 wird zwar nicht in dem starken Maße, wie anfangs des Jahres zu befürchten war, zurückgehen, immerhin legt aber die Tatsache der ständigen Schwankungen auf dem inneren Markt mehr und mehr die Notwendigkeit nahe, die begonnene Heranziehung von Auslandsmitteln in vorsichtiger Form zu erweitern.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen

ist in den vergangenen Jahren, soweit es die finanzielle Lage des Reiches gestattete, ständig verbessert worden. Die letzte Novelle hat in erster Linie die Beschädigtenversorgung ausgestaltet. Es wird daher jetzt vor allem geprüft werden müssen, ob und inwieweit die Versorgung der Hinterbliebenen verbessert werden kann. Ich denke hierbei insbesondere an die alleinstehenden, erwerbsunfähigen Witwen sowie an die Eltern, die nur auf Renten und Zusatzrenten angewiesen sind. Durch die Gewährung von Erziehungsbeihilfen im Falle des Bedürfnisses ist die Waisenversorgung erheblich verbessert worden. Für die Kapitalabfindung ist im jetzigen Haushalt ein Betrag von 90 Millionen RM. vorgesehen. Ob dieser noch erhöht werden kann, hängt von der finanziellen Lage des Reiches ab, da jede Erhöhung der Versorgungsbezüge um 10 v. H. — allgemein gesehen — das Reich um weitere 130 Millionen RM. belastet. Was den Verkehr zwischen Versorgungsdienststellen und Versorgungsberechtigten anlangt, so ist Richtschnur für den gesamten Dienstverkehr

stete Sorge für das Wohl der Versorgungsberechtigten und unermüdliche Hilfsbereitschaft auch in kleinsten Dingen.

Ich habe ferner die Versorgungsbehörden darauf hingewiesen, daß auch die Außenstellen Hand in Hand mit den Organisationen der Kriegsopfer arbeiten sollen und daß sie auch Aufsätze in der Fach- und in der Tagespresse den erfahrungsgemäß regen Wünschen der Versorgungsberechtigten nach größerer Unterrichtung entgegen kommen sollen.

Der Landtag bis zum Herbst vertagt.

Die Zechenstillegungen und Feierschichten.

◆ **Berlin,** 11. Juli.

In der heutigen letzten Landtagssitzung vor den Sommerferien sprach Präsident Bartels vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst unter lebhaftem Beifall des Hauses

dem Zentrumsabgeordneten Herold, der am 20. Juli 80 Jahre alt wird, herzliche Glückwünsche des Hauses

aus. — Abg. Herold dankte und betonte dabei, daß er auch fernerhin alle seine Kräfte zum Dienste am deutschen Volk im Parlament einsetzen wolle.

Das Haus behandelte dann ein umfangreiches Programm des Hauptausschusses, das zur Behebung der Notlage der See- und Küstenfischerei ausreichende Notstandsmaßnahmen und Kredite, sowie wirksame Dauermaßnahmen vorsieht. Das Ausschußprogramm wurde nach kurzer Aussprache im wesentlichen unverändert angenommen.

Nach Verweisung einiger kleinerer Vorlagen an die Ausschüsse folgt die Beratung von Ausschußanträgen über

Zechenstillegungen und Bergarbeiterentlassungen.

Die Ausschußanträge ersuchen das Staatsministerium, rechtzeitig vor Ablauf des Ruhrkohlensyndikats mit der Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten über die einigen Aenderungen des Syndikatsvertrages bezw. des Kohlenwirtschaftsgesetzes, die im Interesse der im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeitnehmerschaft und insbesondere zur Verhinderung vermeidbarer Stillegungen notwendig sind. Ferner wird das Staatsministerium ersucht, durch Einwirkung auf die Reichsregierung und die Reichsbahn zu erreichen, daß zur Ermöglichung eines besseren Wettbewerbs mit der englischen Kohle die Küstentarife für Kohle wesentlich verbessert werden. Schließlich soll bei der Reichsregierung durchgesetzt werden, daß im Bergbau unter Tage die Siebenstundenschicht eingeführt wird. Außerdem werden Maßnahmen zur Erhaltung der Gruben- und Hüttenbetriebe im Sieg-, Lahn- und Dill-Gebiet verlangt.

Ein kommunistischer Antrag, mit der Beratung auch die kommunistische Forderung zu verbinden, den Abgeordneten Sobottka (Komm.) wieder in die Grubensicherheitskommission zu delegieren, scheitert am sozialdemokratischen Widerspruch.

Zu den Ausschußanträgen äußern sich als Berichterstatter die Abgeordneten Metzinger (Z.), Sobottka (Komm.) und Frieg-Siegen (Soz.).

In der Besprechung erklärt Abg. Jakob (Soz.), seine Fraktion könne die Notwendigkeit von Zechenstillegungen nicht anerkennen. Es sei recht eigenartig, wie die Rechte über die Konkurrenz der englischen Kohle beweglich klage. Dabei erzählt man sich, daß die Stadt Duisburg von Kohlenhändlern englische Kohle gekauft habe. Die Kohlenhändler ständen der Rechten sehr nahe. Der Antrag der Kommunisten auf Siebenstundenschicht sei ein reiner Agitationsantrag und werde von den Sozialdemokraten als solcher abgelehnt.

Abg. Waldhausen (Dtschn.) weist darauf hin, daß man seit Monaten eine Feierschicht nach der anderen habe einlegen müssen. Dies zeige, wie die Lage heute sei. Dem rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau gehe es z. Zt. miserabel. Darauf seien auch die Stillegungen und Arbeiterentlassungen zurückzuführen. Es sei erstaunlich, daß sich auch das Zentrum für die Durchführung der Siebenstundenschicht ausgesprochen habe. Das sei das einfachste Mittel, den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau zu ruinieren.

Abg. Steger (Z.) fordert eine scharfe Prüfung der Verhältnisse, um weitere Betriebseinschränkungen möglichst zu vermeiden.

Die Haltung des Kohlensyndikats fordere schärfste Kritik heraus.

Wenn ausländische Kohle von deutschen Industrien, denen es wirtschaftlich gar nicht schlecht geht, gekauft werde, so werde gerade die deutsche Kohlenwirtschaft zum großen Teil lahmgelegt. Die Staatsregierung sollte sich dafür einsetzen, daß der Reichskohlenkommissar hier einen Riegel vorschiebt und wirtschaftlich gesunden Industrien verbietet, ausländische Kohle zu kaufen. Mit den Stillegungen, die die deutsche Arbeiterschaft so schwer treffen, müsse endlich Schluß gemacht werden.

Nach weiterer Debatte und nach einem Schlußwort des Berichterstatters, Abg. Sobottka (Komm.), werden die Ausschußanträge im wesentlichen angenommen.

Auf Antrag des Abg. Schwarzhaupt (Dvp.) wird

namentlich über den Ausschußantrag abgestimmt, der die sofortige Durchführung der Siebenstundenschicht im Bergbau fordert.

Da nur 30 Karten abgegeben werden, weil alle Parteien, außer den Kommunisten, sich nicht an den Abstimmungen beteiligen, ist das Haus beschlußunfähig.

In der sofort einberufenen neuen Sitzung erscheint der strittige Punkt nicht mehr auf der Tagesordnung; es wurde ein Antrag des Wohnungsausschusses auf

Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot der Beamten

und ein Antrag des Hauptausschusses auf sofortige Auslegung einer Auslandsanleihe der Provinz Ostpreußen mit großer Mehrheit angenommen.

Anträge kommunistischer Abgeordneter, auch am Donnerstag eine Sitzung abzuhalten, wurden gegen die Antragsteller abgelehnt, und um 5,30 Uhr wurde die Sitzung unter lebhaften Rufen der Kommunisten: „Auf zu dem Festessen nach Köln!“ geschlossen. Der Landtag wird am Dienstag, dem 2. Oktober, wieder zusammentreten.

★

Die Landtagsfraktion feiert den 80jährigen Herold.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin,** 11. Juli. (Drahtb.)

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages gab am Donnerstag abend im Landtagsgebäude ein Essen zu Ehren ihres Seniors, des Abgeordneten Herold, der am 20. Juli seinen 80. Geburtstag feiert. Da noch eine große Kundgebung für Herold in seiner Heimat, in Münster i. W., vorgesehen ist, hatte die Landtagsfraktion in der Hauptsache nur ihre eigenen Mitglieder zu einer Art Familienfeier eingeladen, an der für die Reichstagsfraktion Dr. Stegerwald und der neue Reichsverkehrsminister von Guérard teilnahmen.

In einer herzlichen Ansprache wies der Vorsitzende der Preußischen Landtagsfraktion, Vizepräsident Dr. Porsch, auf die Verdienste Herolds im Reichstag und im Preußischen Parlament hin. Die Zentrumsfraktion sei berechtigt und verpflichtet, Herold Glück zu wünschen, denn man feiere in ihm nicht nur die Person, sondern vor allem die großen Taten, die er für die Partei und für das Vaterland vollbracht habe. Im kommenden Januar würden es 25 Jahre, daß Herold mit Porsch an der Spitze der preußischen Zentrumsfraktion stehe. Das sei eine ereignisreiche und nicht immer ganz leichte Zeit gewesen, aber Herold habe, obwohl er auch im Reichstag tatkräftig mitarbeitete, die Treue zur preußischen Zentrumsfraktion stets bewahrt. Gerade in den letzten Jahren und auch jetzt sei er der einzige Mittelsmann zwischen Reichstag und Landtag. Auch auf die umfangreiche Tätigkeit Herolds in zahlreichen katholischen und caritativen Verbänden wies Dr. Porsch hin. Mit dem Wunsche, Gott möge den Jubilar dem Zentrum und dem deutschen Volke noch recht lange den idealen Kämpfer erhalten, schloß Dr. Porsch seine Ansprache, worauf die Anwesenden ein dreifaches Hoch auf den Jubilar ausbrachten.

In einer kurzen Ansprache erwiderte Herold, er habe die Glückwünsche, die ihm entgegengebracht wurden, zunächst in den Dank an Gott zu kleiden, der ihn 80 Jahre habe alt werden lassen. Wenn er seine ganze Arbeit den beiden Fraktionen des Zentrums zur Verfügung gestellt habe, so deshalb, weil er stets überzeugt gewesen sei und bleibe von der Bedeutung und der Wichtigkeit der Zentrumspartei. Daß der Ausfall der letzten Wahlen dem Zentrum gewisse Verluste gebracht hätten, dürfte uns nicht mutlos machen. Das seien vorübergehende Erscheinungen, die schon öfters dagewesen seien. Das Zentrum werde aber wieder hoch kommen, das sei seine feste Ueberzeugung, weil das Zentrum als Ausgleichspartei, als Partei der Mitte, für den Staat eine unbedingte Notwendigkeit sei. Mit einem feurigen Appell, nicht furchtsam in die Zukunft zu schauen, sondern treu und einig zusammen zu stehen, zum Wohl von Vaterland und Kirche, schloß Herold unter starkem Beifall seine Dankesworte.

Der Regierungsbaumeister als Spion im Dienste Moskaus.

Der Judaslohn.

— **Berlin,** 11. Juli. Laut „Vossischer Zeitung“ handelt es sich bei dem wegen Spionage verhafteten Angestellten der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt um den Regierungsbaumeister Ludwig aus Berlin-Wilmersdorf sowie zwei seiner vermutlichen Helfer. Zwischen dem Regierungsbaumeister und den Beauftragten amtlicher russischer Stellen fanden in der letzten Zeit wiederholte Konferenzen in Dessau, Friedrichshafen, Berlin und anderen Städten statt, in denen Ludwig unmittelbar die Geldbeträge übergeben wurden. Diese Geldbeträge scheinen in die Hunderttausende zu gehen. Die Ermittlungen sind noch im Gange. Wie dem gleichen Blatt zufolge verlautet, handelt es sich bei den beiden Flugzeugwerken um Junkers in Dessau und Dornier in Friedrichshafen. Die Größe des Schadens läßt sich zur Zeit noch nicht mit Bestimmtheit feststellen. Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die Luftversuchsanstalt rechtzeitig den Regierungsbaumeister überraschen konnte, so daß dieser Stelle ein nennenswerter Schaden nicht erwachsen ist.

★

Geständnis des Verhafteten.

:: **Berlin,** 11. Juli. Nach hartnäckigem Leugnen hat, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, Regierungsbaumeister Ludwig dem Vernehmungsrichter nunmehr ein Geständnis abgelegt. Ludwig berief sich allerdings zunächst darauf, daß er nur in der statistischen Abteilung der Versuchtsanstalt für Luftfahrt beschäftigt war und deshalb keinen Einblick in Geheimdokumente hatte, doch konnte man dem Verhafteten sofort das Gegenteil nachweisen. Gegenwärtig prüfen die Behörden, ob Ludwig schon in seinen früheren Stellungen bei den genannten Flugzeugwerken Spionage getrieben hat.

Es ist der Verdacht aufgetaucht, daß Ludwig, der erst im vorigen Jahre sein Regierungsbaumeisterexamen gemacht haben soll, von Anfang an im Auftrage seiner russischen Hintermänner gehandelt, planmäßig Stellung bei den wichtigsten Werken der deutschen Flugzeugindustrie gesucht hat und dann schleunigst wieder den Abschied nahm, wenn sein Vorhaben, sich in den Besitz gewisser Kenntnisse und Pläne zu setzen, erfolgreich durchgeführt war. Tatsächlich sind ihm die mit ihm arbeitenden Agenten und zeitweise auch deren Auftraggeber nach den verschiedenen Orten seiner Tätigkeit gefolgt, und in Konferenzen mit Ludwig wurden dann die Ergebnisse seiner Spionagetätigkeit entgegengenommen und wohl auch gleich bezahlt, denn laufende Ueberweisungen an den Regierungsbaumeister über ein bestimmtes Konto haben sich bisher nicht feststellen lassen.

Auf der anderen Seite rechnet man in Kreisen der deutschen Luftzeugindustrie mit der Möglichkeit, daß Ludwig sich auf Grund irgendwelcher früheren Beziehungen zu jenen ausländischen Stellen in Erpresserhänden befand und so immer wieder dazu getrieben wurde, seine Machenschaften bei den verschiedensten Werken und schließlich auch bei dem wichtigsten Forschungsinstitut der deutschen Luftfahrt fortzusetzen.

Der unter dem Verdachte der Luftspionage verhaftete Diplomingenieur Dr. Eduard Ludwig, der erst 27 Jahre alt ist, war erst in der ersten Hälfte des April nach Berlin gekommen. Er hatte zunächst etwa acht Tage in Grünau gewohnt und fand dann bei der Familie eines Juristen sein eigentliches Quartier. Er hatte dort zwei Zimmer abgemietet. Dr. Ludwig entstammt einer alteingesessenen Stuttgarter Beamtenfamilie und hatte sich seit früher Jugend mit Luftfragen beschäftigt. Eine seiner Reisen führte ihn vor einigen Jahren nach Moskau, wo er im Dienste der deutschen Luftfahrtindustrie eine Zeitlang tätig war. Offenbar haben die Verbindungen Ludwigs zu den Sowjetbehörden ihren Ursprung in diesem Moskauer Aufenthalt. Die Haussuchung durch die Kriminalpolizei fand zu einer Zeit statt, als Dr. Ludwig sich in Adlershof aufhielt. Bei der Haussuchung wurden photographische Platten und Zeichnungen beschlagnahmt, die die Polizei offenbar als Beweismaterial zu den gegen Dr. Ludwig erhobenen Beschuldigungen ansah.

★

Eine Erklärung der Sowjetbotschaft.

● **Berlin,** 11. Juli. Die Pressestelle der Botschaft der Sowjetunion teilt mit: Die in den heutigen Zeitungen erschienene Nachricht, daß der verhaftete Angestellte der Versuchsanstalt für Luftfahrt, der unter dem Verdacht steht, an eine fremde Macht wichtige Dokumente verkauft zu haben, im Interesse der Sowjetunion gehandelt und mit der hiesigen Sowjetvertretung in Verbindung gestanden hätte, entspricht nicht den Tatsachen. Auch die durch ein Mittagsblatt verbreitete Nachricht, daß die Abberufung des früheren Militärattachés Lunjoff unmittelbar mit dieser Affäre in irgendeinem Zusammenhang steht, ist falsch. Vielmehr wurde die Abberufung des Herrn Lunjoff den entsprechenden deutschen Behörden bereits Ende Februar mitgeteilt. (Daß Ludwig nicht direkt mit Mitgliedern der Sowjetbotschaft in Verbindung stand, ist wohl möglich. Solcher Verkehr wäre von seiten der Botschaft wie von seiten des Spions auch sehr leichtsinnig gewesen und würde gewiß schon längst eher zu einer Aufdeckung des Falles geführt haben. Aber in Deutschland ist ja an Agenten für Sowjetrußland wahrlich kein Mangel. Und so war es das Gegebene, daß die Sowjetvertretung in Berlin aus der Sache ferngehalten wurde. Die Redaktion.)